

DIPLOMATIE

Ein Fall von Hochmut

Frankreich lässt die Leugnung des Völkermords an den Armeniern unter Strafe stellen – und fordert damit den türkischen Nationalismus heraus.

Hrant Dink seufzte, wenn Europäer ihn auf das G-Wort ansprachen, den Genozid.

Natürlich war es ein Völkermord, den die Führer des Osmanischen Reichs an den Armeniern verübten. Bis zu andert-halb Millionen von ihnen wurden maskariert oder verhungerten und verdursteten, nachdem man sie 1915 aus ihrer Heimat vertrieben hatte. Nur wenige His-

Die Türkei reagiert mit Keulenschlägen, die unter künftigen Kriegsgegnern üblich sind, nicht aber unter Nato-Partnern: Im Dezember zog Ankara seinen Botschafter ab und kündigte an, den türkischen Luftraum für französische Militärflugzeuge sowie seine Gewässer für Frankreichs Marine zu sperren. Gemeinsame Militärmanöver soll es keine mehr geben.

Damit legt sich die Türkei nicht nur mit einem ihrer wichtigsten Handelspartner an, sondern mit einer Führungsmacht des Staatenbunds, dem sie seit 50 Jahren beitreten möchte: der Europäischen Union. Es ist ein in Europa inzwischen seltener Fall diplomatischen Versagens: So hochmütig Paris eine der Lebenslügen der modernen Türkei bloßstellt, so leichtfertig riskiert Ankara seine letzten Sympathien in Frankreich.

Paris hat ein besonderes Verhältnis zu den Armeniern. Frankreich nahm nach 1915 Tausende von ihnen auf, heute gibt es bis zu 600 000 Franzosen armenischen Ursprungs. Sie kämpfen seit Jahren dafür, dass die osmanischen Massaker als Genozid bewertet werden.

nen einst vor der Judenverfolgung im katholischen Spanien Schutz gefunden hätten. Sarkozy, erklärter Gegner einer türkischen EU-Mitgliedschaft, könne so „rassistisch“ argumentieren, wie er wolle: „Er kann seiner Vergangenheit nicht ent-rinnen und wird keinen Schatten auf die Toleranz der Osmanen werfen.“

Türkische Chauvinisten folgen dem Beispiel des Premiers: Die staatliche Organisation für Fußballwetten schloss Wetten auf französische Vereine aus, ein Kondomproduzent in Kayseri ließ sich die Produktnamen „Sarkozy“ und „Carla Bruni“ sichern, und die Stadtverwaltung von Ankara will die „Paris-Straße“, an der Frankreichs Botschaft liegt, künftig „Algerien-Straße“ nennen.

Ernster ist die Kritik am Völkermord-Gesetz in Frankreich: Außenminister Alain Juppé, der Ankara als Partner schätzt und bei der Lösung der Syrien-Krise auf die Türken baut, bezeichnete es als „nicht opportun“. Der konservative Präsidentschaftskandidat Dominique de Villepin kritisiert es ebenso wie der linke



Türkischer Demonstrant im Januar in Paris, armenisches Opfer um 1916: Lebenslüge der modernen Türkei

toriker bestreiten das, und niemand musste den türkisch-armenischen Publizisten und Verleger Dink darüber belehren.

Er hatte sein Leben damit zugebracht, die Türken an dieses Verbrechen zu erinnern. Im Januar 2007 wurde er selbst ermordet. Der Täter ist verurteilt, doch vor zwei Wochen erst sprach ein Gericht 17 Männer frei, die als Hintermänner des Attentats verdächtigt wurden.

Dink aber ging es nie um das Wort für das Verbrechen. Er fragte: „Ist es wichtiger, einen Genozid anzuerkennen oder die Türkei zu demokratisieren?“

Der französischen Nationalversammlung geht es um dieses Wort. Am vorigen Montag verabschiedete der Senat ein Gesetz, das die Leugnung des Völkermords an den Armeniern unter Strafe stellt – von bis zu einem Jahr Gefängnis und 45 000 Euro Geldstrafe. Nur die Unterschrift von Präsident Nicolas Sarkozy fehlt noch.

Schon 2001 hatte die Nationalversammlung ein Gesetz verabschiedet, das den Genozid anerkannte. Vor seiner Wahl 2007 versprach Nicolas Sarkozy der armenischen Gemeinde, sich für ein schärferes Gesetz einzusetzen. In einer ähnlichen Lage ist heute sein sozialistischer Rivale François Hollande; auch er will es sich mit dem armenischen Elektorat nicht verschmerzen.

So stimmten letzte Woche beide Fraktionen zu – allerdings widerwillig und auf Druck ihrer Anführer. Viele Abgeordnete hatten Bedenken, die Meinungs- und Forschungsfreiheit derart einzuschränken.

Als Verteidiger von freier Wissenschaft und Toleranz tut sich jetzt ausgerechnet der autoritäre türkische Premier Recep Tayyip Erdogan hervor: Frankreichs Parlament habe ein „Massaker an der Meinungsfreiheit“ begangen, verstieg er sich vergangene Woche. Sarkozys Großvater, so Erdogan, stamme aus dem damals osmanischen Thessaloniki – wo seine Ah-

Journalist Edwy Plenel, der es einen „politischen Fehler“ nannte.

Eine Gruppe von bislang 35 Abgeordneten möchte das Gesetz vom Verfassungsrat für ungültig erklären lassen. Des-sen ehemaliger Präsident, ein Sozialist, sagte, das Parlament habe „nicht die Kompetenz, die Geschichte festzuschreiben“, schon gar nicht für ein Ereignis, das hundert Jahre zurückliege und an dem keine Franzosen beteiligt gewesen seien. Das sei Aufgabe der Historiker.

Zu den Gegnern gehört auch der Regisseur Claude Lanzmann, dessen Film „Shoah“ über den Holocaust vorige Woche im türkischen Staatsfernsehen gezeigt wurde – zum ersten Mal in der islamischen Welt. Das sei „historisch“, sagt Lanzmann. Das französische Parlament hingegen erlasse „idiotische Gesetze“. Es sei doch ganz klar, dass die Türken keine Leute seien, „die sich von einem Revolver im Nacken beeindrucken lassen“.

MATHIEU VON ROHR, DANIEL STEINWORTH